

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

62. Sitzung
8. Januar 2026

Beginn: 09.03 Uhr
Schluss: 11.35 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2643
**Schwammstadt Berlin zügig ausbauen: Regenwasser
für Stadtnatur nutzen**

[0267](#)
UK(f)
WiEnBe*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende June Tomiak: Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0218](#)
Auswirkungen eines Böllerverbots auf Klima und UK
Müllaufkommen
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0278](#)
Schutz des Berliner Tierheims und weiterer sensibler UK
Einrichtungen vor Lärm-, Müll- und
Umweltbelastungen an Silvester
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind einige Mitarbeitende aus der Verwaltung gekommen. – Herzlichen Dank dafür! – Das sind Frau Jürgens von der SenMVKU, Herr Ogorek vom La-GetSi, Frau Gerks von der BSR, Frau Krombholz und Frau Kirste von der SenASGIVA und Frau Schrader der SenInnSport. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, heute hier zu sein! – Wünscht der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesem Tagesordnungspunkt? – Ich sehe Nicken und halte das so fest. Möchte die Fraktion Die Linke den Besprechungsbedarf zu TOP 4 a – neu – begründen? – Das ist der Fall. – Frau Leschewitz, dann haben Sie das Wort.

Franziska Leschewitz (LINKE): Vielen Dank! – Die Anmeldung unseres Besprechungspunkts stammt aus der Zeit unmittelbar nach dem Jahreswechsel vor einem Jahr. Jährlich sind die Auswirkungen der Silvesternacht Thema, nicht nur was die Sicherheitslage und was Feuerweh, Polizei und Rettungskräfte anbelangt, sondern auch die Luftbelastung und das anschließende Müllaufkommen, auch die Auswirkungen auf die Natur, die Grünflächen und insbesondere die Tiere, die Wildtiere und die Haustiere. Das möchten wir heute gerne erörtert haben, und schließlich, dass wir neue Regelungen für die Silvesternacht brauchen, die bereits zum nächsten Jahreswechsel greifen. So wie in den letzten Jahren kann und darf es nicht weitergehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Besteht aufseiten der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion der Wunsch zur Begründung des Besprechungsbedarfs? – Das sehe ich. – Herr Freymark, Sie haben das Wort!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich finde das Thema jedes Jahr wichtig. Ich darf im Abgeordnetenhaus auch im Petitionsausschuss mitwirken und den Bereich Umwelt mitvertreten. Wir haben jedes Jahr sehr viele Petitionen, und es werden jedes Jahr mehr. Wir erleben, dass sich die öffentliche Berichterstattung verändert, aber auch, dass das Tierwohl zum Glück auch öfter gesellschaftlich in den Mittelpunkt gerückt wird. Ich habe im Wahlkreis selbst das Tierheim, wir haben in Lichtenberg den Tierpark, anderswo haben

wir andere Tiereinrichtungen, die mit diesem Thema schon Monate vorher konfrontiert sind und sich wünschen, dass man damit anders umgeht.

Deswegen finde ich es ganz wichtig, dass wir als Volksvertreter hier mal zusammenbringen, was uns eigentlich geschildert wird, welche Erfahrungswerte wir haben und welche Lösungsszenarien seitens des Senats da sind. Ich bin mir sicher, dass nicht alle im Raum einschätzen können, was der Bezirk, was der Senat kann, welche gesetzliche Vorgaben es gibt, welche Zwänge es gibt, wer etwas erlassen kann. Ist man in einer Verbotszone oder in einer Ich-habe-es-erlaubt-Zone? Ist man in gar keiner Zone? Es wäre toll, wenn jeder Nutzer Rücksicht auf andere nimmt, so wie es in anderen gesetzlichen Bereichen, bei der Straßenverkehrsordnung et cetera, geregelt ist. Das findet faktisch nicht immer statt.

Das offensichtlich 430 Festnahmen notwendig waren, um uns vor dem Schlimmsten zu schützen, ist eigentlich eine inakzeptable Größe, wird aber trotzdem als Erfolg gesehen. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir diese gesellschaftliche Debatte mal im Parlament fortführen und auch nach den Ereignissen Schlüsse ziehen, um vor den Ereignissen des nächsten Jahreswechsels vorbereitet zu sein. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke, Sie haben das Wort.

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Ich bin auch noch nicht so lange im Parlament, aber auch ich komme mir schon vor wie in einer Schleife, weil wir das jedes Jahr diskutieren. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Die Petition der Polizeigewerkschaft hat gezeigt, dass es definitiv eine Diskussion ist, wo wir als Umweltafachpolitikerinnen und -politiker schon lange die Kriterien auf dem Tisch haben. Wenn man sich die Feinstaubbelastung anschaut, ist es ganz klar, dass die so erheblich erhöht sind, dass es natürlich schädigend ist. Wir haben die Auswirkungen auf Tiere, auf den Naturschutz – jeder, der Vögel zu Silvester gesehen hat, weiß, was das für Auswirkungen hat –, aber auch – deswegen habe ich die Polizeigewerkschaft erwähnt –, dass das eigentlich alles gar nicht mehr geht. Wir wissen aber auch, dass die Entscheidung eines generellen Böllerverbotes auf Bundesebene getroffen wird und wir deswegen hier in der Stadt trotzdem darüber debattieren, welche Verbots- oder Erlaubtzone wir einrichten können.

Ich würde mir wünschen, dass wir da eine deutlich klarere Position haben, allein wir können es auf Landesebene nicht so entscheiden. Daher finde ich es richtig auseinanderzuidividieren, wie der Rückblick auf den Jahreswechsel war – ja, wir haben alle gehört, dass er ein bisschen besser war, aber vielleicht können wir noch einmal den Blick darauf werfen –, und wir haben auch schon über den Müll geredet. Auch immer eine große Sache, auch wenn es besser geworden ist, sind wir noch in Dimensionen unterwegs, die teilweise schon recht erschreckend sind. Insofern wäre mein Wunsch, dass es nächstes Jahr klarere Ansagen und Entscheidungen gibt. Wir haben lange genug darüber debattiert, aber ich glaube, dass es auch Zeit ist, den Bürgerinnen und Bürgern, gerade denjenigen, die sich auch den Schutz wünschen, ein bisschen mehr Sicherheit zu geben und der Natur sowieso. – Vielen Dank! Ich freue mich schon im Voraus auf die Besprechung!

Vorsitzende June Tomiak: Dann hat der Senat die Möglichkeit, einleitend Stellung zu nehmen. – Frau Bonde, Sie haben das Wort!

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch wenn uns in den letzten Tagen ein anderes Thema in Atem gehalten hat, ist seit Silvester eine gute Woche vergangen. Das gibt uns, auch dank der heutigen Besprechung, die Möglichkeit, auch die Silvesterereignisse noch einmal zu betrachten. Hinsichtlich der Müllmengen haben wir das schon getan. Insofern gebe ich auch gerne Auskunft, wie die Feinstaubbelastung aufgrund Silvesters war.

Wie in jedem Jahr kam es durch das Silvesterfeuerwerk kurzfristig zu deutlich erhöhten Feinstaubwerten. Entscheidend ist dabei jedoch nicht der Spitzenwert alleine, sondern Dauer und Gesamtausmaß der Belastung. Zum Jahreswechsel 2025/2026 lagen die Tagesmittelwerte für Feinstaub an allen automatischen Messstationen unterhalb des gesetzlichen Grenzwerts von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter. Dieser Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter darf maximal an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Im gesamten Jahr 2025 wurden selbst an der am stärksten belasteten Messstation elf Überschreitungstage registriert. Die höchste Belastung zum Jahreswechsel wurde am 1. Januar 2026 an der Messstation Frankfurter Allee gemessen. Dort lag der Tagesmittelwert bei 47 Mikrogramm pro Kubikmeter und damit ebenfalls noch unterhalb des Grenzwertes. Die stark erhöhten Feinstaubkonzentrationen traten ausschließlich sehr kurzfristig in der Silvesternacht auf. Bereits gegen 4 Uhr morgens waren die Werte deutlich abgeklungen und lagen wieder bei etwa 30 Mikrogramm pro Kubikmeter. Auch hier ein kurzer Vergleich: Auch zum Jahreswechsel 2024/2025 blieben die Tagesmittelwerte unterhalb des Grenzwerts von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter.

Jetzt eine kurze rechtliche Einordnung: Der Umgang mit Feuerwerk ist im Sprengstoffgesetz sowie in der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz geregelt. Diese Regelungen unterliegen der Bundesgesetzgebung. Deswegen wird dieses Thema auch sehr deutlich in der Bundesinnenministerkonferenz debattiert. Bereits heute werden sogenannte Böllerverbotzonen auf Grundlage der Generalklausel des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes eingerichtet. Das ist wiederum ein Berliner Gesetz. Eine Kollegin der Innenverwaltung ist heute auch anwesend und kann sicherlich dazu auch entsprechend ausführen. Ob und in welchem Umfang solche Verbotszonen, zum Beispiel aufgrund des Tierschutzes, etwa vor Tierheimen und zoologischen Einrichtungen ausgeweitet werden können, ist dann auf Grundlage dieses Gesetzes auch zu prüfen, auch mit Blick auf das nächste Silvester.

Vorsitzende June Tomiak: Möchten Kolleginnen und Kollegen aus den Senatsverwaltungen zu Beginn auch einleitend Stellung nehmen? Wenn Sie möchten, wäre das jetzt möglich, sonst können wir auch erst mit der Aussprache starten. – Ich sehe einige Meldungen, dann starten wir mit der Aussprache, und dann können vielleicht Fragen gestellt werden. Als Erster hat sich Herr Dr. Taschner gemeldet, und wir führen die Redeliste.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Vierecke, mir geht es ähnlich. Es ist eine Art Dauerschleife. Jedes Jahr nach Silvester rufen wir das Thema auf, natürlich mit den sicherlich wichtigen Fragen, wie viel Müll und Feinstaub es gab. Ich finde, dieses Jahr war eine Sache anders: Wir hatten dieses Mal vor Silvester eine große gesellschaftliche Diskussion über Böllerverbote, Böllerverbotzonen. Das habe ich in der Richtung noch nie erlebt. Meistens wachen die Leute, auch die Berlinerinnen und Berliner, nach Silvester auf, wenn Sie merken, dass es sich draußen nicht nur wie Krieg anhört, sondern auch, je nachdem, wo man unterwegs ist, es sich auch ein bisschen nach Krieg anfühlt. Dass wir da dringend etwas machen müssen, steht außer Frage.

Ich bin durchaus sehr froh, dass einige Stadträte und Stadträtinnen, auch unsere grüne Stadträtin aus Lichtenberg, Herr Freymark, ihren Spielraum mit Böllerverbotzonen, zum Beispiel um das Tierheim und anderen sensiblen Einrichtungen, und auch das Beschränken des Böllerns und des Feuerwerksgebrauchs genutzt haben. Herr Freymark, da könnten Sie unsere grüne Stadträtin auch mal gerne dafür loben, die Sie auch so gerne an anderer Stelle kritisieren.

Selbstverständlich müssen wir sagen, wenn wir Böllerverbotzonen deutlich ausweiten wollen, dann ist die Frage, wie wir auch die Einhaltung letztendlich sicherstellen und kontrollieren können. Irgendwann – sicherlich nicht jetzt in der Debatte –, wird sich vielleicht auch mal die Frage stellen, ob wir ein Böllerverkaufsverbot brauchen, weil der Böller, der nicht verkauft wird, kann auch nicht gezündet werden. So weit, habe ich das Gefühl, ist die Debatte nicht, aber ich bin schon relativ froh, dass wir jetzt diesen Zeitpunkt erreicht haben, dass wir zumindest schon vor Silvester diskutieren.

Weil die Koalition in ihrem Besprechungspunkt das Tierheim erwähnt und auch gerade hier noch einmal auf Tiere abstellt: Als tierschutzpolitischer Sprecher und selbst hundehaltende Personen ist es für mich natürlich ein wichtiges Anliegen. Der Schutz des Tierheims ist eine wichtige Sache, keine Frage. Dort leben durchschnittlich 200 Hunde, etwa 350 Katzen sind dort regelmäßig untergebracht, und natürlich leiden sie wie alle anderen Tiere und auch die Wildtiere unter dem Lärm, der an Silvester nicht nur rund um Mitternacht passiert, sondern schon teilweise am 30. Dezember beginnt. Ich kann Ihnen sagen, dass ich mit meinem Hund am 31. Dezember ab etwa 3.00 Uhr nicht mehr zum Gassi rausgehen kann und das für 24 Stunden. Das ist auch ein Problem für das Tier. Wenn wir sagen, dass die Tiere uns wichtig sind, wir müssen das Tierheim schützen, dann müssen wir aber sagen, dass die 200 Hunde, die dort leben, den Schutz natürlich verdienen, aber es in Berlin 120 000 andere Hunde und auch Katzen, das beliebteste Haustier, gibt. Es sind nicht nur die 350 Katzen im Berliner Tierheim, sondern auch die in vielen anderen Wohnungen dieser Stadt.

Wenn wir den Schutz von Haustieren wirklich ernst nehmen, dann müssen wir eigentlich sagen, dass jede Wohnung, jedes Haus, jede Straße, in der ein Hund, eine Katze oder ein anderes Haustier lebt, das unter dem Silvesterlärm erheblich leidet und das nicht nur für wenige Stunden, sondern teilweise eben über mehrere Tage hinweg, wo geböllert wird, auch sensible Gebiete sind und wir eigentlich auch schauen müssten, wie wir aus Sicht des Tierschutzes auch hier verstärkt zu Böllerverbotzonen kommen. Der logische Schluss ist dann, dass wir nahezu ein stadtweites Böllerverbot bräuchten – wie das umzusetzen ist und wer dafür zuständig ist, wäre eine andere Frage, aber erst einmal aus der logischen Konsequenz heraus –, wenn wir das alles wirklich ernst nehmen, wie das dann umzusetzen ist und was wir stattdessen anbieten können: ein zentrales Feuerwerk, die Drohnen-Shows werden im Internet gerade sehr gehypt, und sie schauen auch fantastisch aus. Dem kann ich auch deutlich mehr abgewinnen als diesem In-die-Luft-Geböllere. Das wären alle Sachen, wo ich hoffe, dass wir die Diskussion nicht wieder beenden, wie so oft passiert, so mit: Jetzt haben wir mal darüber gesprochen –, und im Januar und ab Februar sind dann andere Themen aktuell, sondern dass wir uns jetzt schon darauf vorbereiten und schauen, welchen Spielraum wir hier in Berlin haben, wie wir in ausweiten können. Den sollten wir deutlich nutzen, weil es aus unserer Sicht dieses Geböllere an Silvester nun wirklich nicht mehr braucht.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Freymark, Sie haben das Wort.

Danny Freyemark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe schon ein bisschen was in der Begründung gesagt, deswegen halte ich es kurz. Sie hatten kurz gefragt, inwieweit vielleicht die anderen Verwaltungen Lust auf eine Stellungnahme haben: Ich will darum bitten, dass gerne alle, die dazugeladen sind, sich mindestens eingeladen fühlen zu der Debatte. Gerade wenn die Abgeordneten dann miteinander gesprochen, diskutiert und die Fragen eingeworfen oder auch eigene Standpunkte deutlich gemacht haben, wäre meine Bitte, dass Sie sich auch noch kurz zu den jeweiligen Punkten, auch aus dem Blickwinkel der jeweiligen Verwaltung, die Sie hier vertreten, äußern, um uns so viele Erkenntnisse wie möglich zu liefern, die notwendig sind. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Elfer, Sie haben das Wort!

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! – In der Tat fühle ich mich bei dem Thema auch so ein bisschen wie in einer Dauerschleife. Das war schon in der letzten Wahlperiode. Ich habe mich mit dem Thema Böllern damals auch intensiv auseinandergesetzt, auch als Mitglied des Innenausschusses und dieses Ausschusses. Deswegen glaube ich, dass wir zu den negativen Auswirkungen von Böllern auch gar nicht mehr so viel zusammentragen müssen. Wahrscheinlich, vermute ich mal, sind hier sich alle einig, dass das ein Riesenproblem für die Ökologie und für die Themen Lärm und Tiere ist. Ich bin übrigens auch seit Kurzem Katzenhalter einer Katze aus dem Tierheim. Die hat Silvester aber ganz gut überstanden. Trotzdem, die ganzen Probleme liegen auf dem auf dem Tisch, und ich glaube, dass jetzt es jetzt entscheidend ist, gerade am Anfang des Jahres in die Debatte zu kommen. Wir können wir endlich die gesetzlichen Regelungen so hinbekommen, dass Berlin zu einem Böllerverbot kommt?

Da ist klar zu sagen: Böllerverbotzonen bringen uns nicht weiter. Böllerverbotzonen sind einfach nur im Grunde Krücken, die uns das jetzige Recht zur Verfügung stellt, wo wir große Probleme haben, dass die Polizei und auch die anderen Sicherheitskräfte das überhaupt überwachen können. Ich glaube, das hilft nichts. Wenn ich auch sehe, dass ein Staat wie die Niederlande zum letzten Mal Silvester in der Form gefeiert hat, dann sollte es auch in Deutschland möglich sein.

Deswegen wäre auch mein Wunsch, jetzt die möglichen Entwicklungen auf Bundesebene in den Fokus zu stellen, wo ich die Vertreterin der Innenverwaltung auch bitten würde, uns genauer darzustellen, wie die Diskussionen sind. Nachdem, was ich jetzt auch nur aus der Presse kenne, scheint es erstmals ein politisches Gelegenheitsfenster für eine Mehrheit für eine Gesetzesänderung auf Bundesebene zu geben, die entweder ein deutschlandweites Böllerverbot darlegt oder aber – ehrlicherweise finde ich das sogar die beste Lösung – eine Öffnungsklausel beschließt, wonach dann entweder die Bundesländer selbst entscheiden, ob sie in ihrem Verantwortungsbereich ein Böllerverbot machen wollen, oder sogar die Kommunen selbst entscheiden können, ob sie ein solches Böllerverbot machen wollen. Die Situation ist sicherlich zwischen Flächenbundesländern und Stadtstaaten unterschiedlich. Von daher finde ich das total interessant. Ich habe es so verstanden, dass auch der Bundesinnenminister zu so einer Öffnungsregelung auf Bundesebene eine Offenheit signalisiert hat. Da würde ich wirklich darum bitten, dass wir dazu vielleicht ein bisschen mehr hören.

Ich habe eine Frage an den Senat, weil wir jetzt viel auch über Auswirkung geredet haben: Gibt es eigentlich irgendwelche Erkenntnisse zu den Wildtieren, also inwiefern Wildtiere durch die Böllerei beeinträchtigt werden? Wird das in irgendeiner Form gemonitort/erfasst? Das finde ich total spannend, wenn Sie da irgendetwas haben. Ich vermute mal nicht, aber interessant finde ich trotzdem. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke, Sie haben das Wort!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Die Frage zu den Wildtieren wollte ich auch stellen. Das wäre interessant zu wissen. Wir wissen das, wir sehen das, aber gibt es irgendwelche Erkenntnisse? Wird das irgendwie festgehalten? Sie hatten dazu in Ihren eingehenden Statements nichts gesagt, aber das ist im Beritt Ihres Senats und natürlich auch ein sehr wichtiger Punkt. Wir wissen, dass gerade die Städte auch immer mehr für allerhand Tiere Orte des Lebens sind, Vögel natürlich zu allererst genannt, aber auch viele andere.

Dann habe ich noch eine Frage auch zum Thema Silvestermüll, vielleicht geht das auch in Richtung BSR: Vielleicht können Sie uns einen Eindruck geben, wie Sie damit umgehen. Ist das eine spezielle Art von Müll? Wie muss das verarbeitet werden? Welche Stoffe müssen repariert werden? Das ist sicherlich auch eine besondere Herausforderung neben dem, wie viele Einsatzkräfte dort im Einsatz sind. Was heißt das für ein Unternehmen, diesen Silvestertag zu bewältigen?

Ich glaube, wir haben in den Medien auch vernommen, dass auch die Innensenatorin eine starke Verfechterin der Öffnungsklauseln ist. Das wäre für eine Stadt wie Berlin ein guter Weg, weil jede Stadt irgendwie auch anders ist, Berlin vielleicht auch noch einmal speziell. Hier kommen tatsächlich auch viele Leute her, um extra zu feiern und nicht unbedingt in ihrer Nachbarschaft. Das macht anscheinend etwas mit den Leuten, wenn sie dann entsprechend auch getrunken haben. Da muss der Staat natürlich auch zeigen, dass er handlungsfähig ist, und das kann er nur, wenn er so eine Öffnungsklauseln hat. Insofern interessiert uns alle die bundesweite Entwicklung und wie auch andere Parteien das sehen und bei dieser Möglichkeit der Öffnungsklauseln mitstimmen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Bertram, Sie haben das Wort!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielleicht erst einmal zu der Silvesternacht: Wir diskutieren es in der Tat wirklich jedes Jahr. Ich fand das gezogene Fazit, auch wenn das jetzt nicht der richtige Ausschuss dafür ist, dass es ruhiger war, vollkommen daneben und völlig fahrlässig. Wir hatten wieder verletzte Polizisten, 420 Gewalttäter, die festgenommen wurden, 400 waren es im letzten Jahr, und 35 verletzte Polizisten, im letzten Jahr waren es 37. Da irgendwie ein einigermaßen positives Fazit zu ziehen, finde ich vollkommen falsch. Wir haben immer noch das Problem mit massiven Angriffen auf Einsatzkräfte. Es mussten über 4 000 Polizisten in Berlin eingesetzt werden, um irgendwie die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Ich finde, da ein positives Fazit zu ziehen wirklich daneben.

Das Problem ist aber nicht das Feuerwerk, das von Familien ganz normal abgebrannt wird, die paar Raketen, die man mal zündet oder ein paar Vulkane oder die eine oder andere Batterie. Das Problem ist einfach, dass das, was wir an Silvester erleben, jetzt bereits illegal ist und wir an der Stelle ein Vollzugsdefizit haben. Wir haben es damit zu tun, dass nicht nur das

normale Feuerwerk mit den Stufen F1 und F2 abgebrannt wird, sondern dass illegal aus dem Ausland massiv gefährlicher Sprengstoff importiert wird, der eigentlich nur von Fachpersonal benutzt werden darf. Wir haben die Nachrichten gesehen, dass mehrere 100 000 Stück Feuerwerk beschlagnahmt wurden, welches illegal war, irgendwelche Batterien, die selbst zusammengebaut wurden, massive Brandstiftung. Die Tätern, die dann festgenommen wurden, wird ein bisschen auf die Finger geklopft und werden dann wieder freigelassen; das hat keine Konsequenzen. Darum fand ich auch die Äußerung der Gewerkschaft der Polizei richtig, die gesagt haben, es wäre mal schön, wenn Staatsanwälte und Richter an Silvester die Polizei begleiten würden. Das fände ich nämlich auch ganz spannend. Vielleicht kommt man dann doch noch einmal an einer anderen Stelle dahin.

Es gibt ja bereits jetzt die Möglichkeit, Böllerverbotzonen auszuweisen. Es gibt das bereits um Altenheime, um Kinderheime, um Kirchen. Das sind bereits Sachen, die passieren können. Das ist absolut richtig. Das ist auch nachvollziehbar. Es gibt auch in anderen Städten, wo ein großer Fachwerkbestand ist, die Möglichkeit, Verbotszone auszuweisen. Das ist genau richtig, aber ein generelles Feuerwerksverbot, das bei den Kollegen scheinbar fast schon konsensfähig ist, halten wir für falsch. Das trifft einfach die Falschen. Hier haben wir die Situation, dass wir es mit einem Kulturgut zu tun haben, mit einem Event an der Stelle, das einmal im Jahr für Familien stattfindet, da freuen sich die Menschen drauf. Wenn die das ganz normal im Rahmen der normalen Regelung einsetzen, so wie es jahrzehntelang ohne irgendwelche Probleme ging und jetzt seit einigen Jahren wegen einer bestimmten Klientel nicht mehr funktioniert, dann ist das einfach der falsche Weg. Das trifft die Falschen. Ich kann es um das Tierheim herum verstehen, darüber kann man diskutieren, das finden wir auch. Das Thema ist uns auch wichtig. Generell ist das aber eine Sache, die nicht nachvollziehbar ist und eine Strafe für alle darstellen soll, weil sich eine Gruppe von Chaoten nicht an die Regeln halten kann. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Durch die letzten Sätze von Herrn Bertram fühle ich mich noch einmal bemüßigt, mich zu melden. Ich weiß, dass der Reflex, das auf ein gewisses Klientel zu beziehen, schnell da ist. Er ist bei Ihnen sehr schnell da, nicht bei Ihnen persönlich, aber bei der AfD-Fraktion, der Partei selbst. Ich komme aus Hohenschönhausen, bin da aufgewachsen. Wir hatten, als ich da in den Neunzigern groß geworden bin, einen Ausländeranteil von unter einem Prozent, und die Leute haben mit den Böllern alles gemacht, was möglich war, aus Langeweile, aus Trotz, aus der Situation heraus, dass der 31. Dezember und der 1. Januar wie so eine Art rechtsfreie Tag waren. Deswegen würde ich wirklich aufpassen, dass wir das nicht in eine Debatte verkürzen, die etwas mit Migration oder Ausländern zu tun hat. Natürlich sind auch diese jungen Menschen, meist sind es junge Menschen, unterwegs. Wenn der Migrationsanteil in dieser Stadt mittlerweile bei 35 Prozent liegt, dann ist auch klar, dass der Anteil an der die dort mit Straftaten et cetera verhaftet werden, auch höher ist.

Diese Debatte kann man natürlich führen, man muss sie vielleicht auch führen, weil man zielgruppengenau schauen muss, warum Menschen das tun. Letztens hat mir jemand in der Debatte gesagt: Warum erlauben wir eigentlich Böller? Welchen Mehrwert haben Böller? – Darüber habe ich zugegeben vorher noch nie nachgedacht. Ja, Böller hatte man, um sie irgendwo hinzuschmeißen. Was haben Raketen für einen Mehrwert? Da würden noch viele sagen: Na, die sehen wenigstens schön aus. – Wobei ich dann daran denke, dass Berlin 6 bis 7 Prozent

Wasserfläche hat, wie viel da im Wasser landet und nicht durch die BSR eingesammelt wird, außer wir kriegen heute neue Erkenntnisse durch Anwesende, dass die BSR mittlerweile auch Taucher einsetzt. Das ist nicht der Fall. Das heißt, wir haben ein gesellschaftliches Thema hier im Umweltausschuss aus Gründen der Umweltgerechtigkeit, aus Fragen des Feinstaub, aus Fragen des Tierwohl, aus Fragen der Sauberkeit. Wir haben nach meiner Wahrnehmung keine Debatte, ob jemand Migrationshintergrund hat oder nicht, oder ob man damals Menschen Schutz gewährt hat, die Schutz brauchten.

Deswegen wäre meine Bitte, dass wir in der Debatte gucken was diesen von mir gerade benannten Themen in dieser Stadt dient. Wie können wir der Verwaltung, der BSR und anderen dabei helfen, zum Beispiel mit den Folgen umzugehen, aber auch, wie wir auch gesellschaftlich in der Debatte dazu beitragen können, eine höhere Sensibilisierung zu haben. Ich finde, das hat dieses Jahr geklappt. Es ist weniger Müll entstanden, weil weniger Leute Müll produziert haben. Es gibt sogar mehr Leute, die ihren Müll mit nach Hause nehmen. Das ist in den Flächenländern völlig normal, wenn man seinen Müll an Silvester fabriziert hat, dass man den auch wieder einsammelt. In Berlin hat man das Gefühl: Mensch, heute kann ich ja mal richtig die Sau rauslassen und wenn ich noch mein ein Sofa dazu stelle, interessiert es auch keinen. – Das ist aber nicht die Kultur, die wir wollen, und so sehe ich auch unsere jetzige Debatte.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Da kann ich mich im Wesentlichen anschließen und will auch wirklich für die differenzierten Aussagen danken. Für die AfD ist das Thema natürlich auch ein Kulturkampfthema, das ist gar keine Frage, das haben wir jetzt schon häufiger erlebt, und deshalb haben Sie auch kein Interesse daran, dass Ihnen das Thema weggenommen wird. Deswegen haben Sie auch ein Problem damit, wenn Böllerverbotzonen erweitert werden, oder wenn das insgesamt verboten wird. Wenn Sie sagen, dass das ein Kulturgut ist, dann muss ich sagen, das ist es wirklich ziemlicher Unsinn. Böllern war schon immer ein Problem, nur die gesellschaftliche Debatte, die Rezeption des Böllerns hat sich geändert. Es war einfach vor 10, 20 Jahren anders angesehen. Es war schon damals genauso problematisch, damals sind genauso Müllmengen entstanden, sind genauso Wildtiere und Haustiere davon verängstigt worden oder sind geflüchtet, und es sind genauso Feinstaubemissionen entstanden, nur ist es jetzt einfach das Bewusstsein ein ganz anderes. Jetzt gibt es eben auch Petitionen, wo sich Millionen Menschen tatsächlich bundesweit entsprechend zusammengeschlossen haben. Klar wollen Sie das Thema weiter ausschlichten, aber ich denke, dass das Thema Ihnen früher oder später, hoffentlich jedenfalls – da komme ich noch einmal darauf zurück, dass wir auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung brauchen –, einfach genommen wird.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Bertram!

Alexander Bertram (AfD): Da muss ich natürlich antworten. Vielen Dank dieser Stelle und auch für die muntere Debatte! Dass wir gesamtgesellschaftlich über Böllerverbote diskutieren, hat nichts mit Feinstaub zu tun, den wir da haben, sondern es hat etwas mit den Bildern, die wir an Silvester erleben, von Angriffen auf Polizisten, zu tun. Das haben wir mit der Silvesternacht 2023 erlebt. Was wir da gesehen haben, ist der Grund, warum wir über Böllerverbote reden. Das ist doch nicht wegen der Feinstaubbelastung in der Luft, dass die Menschen jetzt sagen: Wir sind für Böllerverbote –, sondern es liegt daran, weil die Menschen die Probleme sehen, Hinterhalte auf Einsatzkräfte, Hinterhalte auf Krankenwagen. Wir sehen die Bil-

der, wir sehen die YouTube-Videos, wir sehen bei X, was da für Videos gehen. Da müssen wir uns bei der ganzen Diskussion schon ehrlich machen, dass da nicht Schwung reinkommt, weil die Feinstaubbelastung gerade mal wieder ein Thema ist, sondern das sind die Bilder, die wir in den Silvesternächten sehen, weil es eben diese Hinterhalte auf Polizisten und Einsatzkräfte, auf Feuerwehrleute gibt.

Das gab es früher nicht so in diesem Ausmaß, und das kann ich an der Stelle so nicht stehen lassen. Das ist jetzt hier nicht der richtige Ausschuss dafür, um das in aller Tiefe zu diskutieren. Das sehe ich genauso. Das ist aber der Hauptgrund, warum wir diese Diskussion seit einigen Jahren jedes Jahr führen. Das sind die Angriffe auf die Polizisten und die Angriffe auf die Ärzte, die da im Einsatz sind, und das ist nicht die Feinstaubbelastung.

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Ich bin der Meinung, dass wir versuchen sollten, Politik auch weiterzuentwickeln und nicht in allen Fällen einfach nur schauen, wie es damals war, sondern wir müssen unter den Gegebenheiten, die wir haben, schauen, wie wir damit umgehen. Für uns als Umweltpolitiker ist der Blick auf diese Fragen eigentlich eindeutig, und da kann es nur in Richtung gehen, dass man Einschränkungen beim Thema Böllern, bei allem, was der Natur schadet, macht.

Ich finde in der Debatte aber auch eine Sache ganz interessant, weil zwischendurch einmal kam, dass man auf dem Tempelhofer Feld eine Böllererlaubniszone einrichten könnte. Es war ganz schnell so: Wo ist es ruhig? Wo verhindern wir, dass Menschen gestört werden? – Das ist ein Gebiet, wo auch viele Tiere sich gerade in der Silvesternacht wiederfinden, aber wo auch so Habitate sind. Das finde ich auch einen interessanten Punkt. Es ist richtig, dass auch diese Debatten um angegriffene Polizisten, um Sicherheitspersonal, um die Menschen in den Krankenhäusern wichtig sind, aber es gibt verschiedene Aspekte, die wir auch in die Debatte einbringen sollten. Wenn man sich das in der Gesamtschau anschaut, dann spricht sehr vieles dafür, dass wir nicht zurück in die Vergangenheit, sondern nach vorne schauen sollten, wie es viele Länder auch tun, und auch mal schauen sollten, welche anderen Wege es gibt.

Eine Böllererlaubniszone oder Knallererlaubniszonen einzurichten, halte ich für gut, einfach das Ding umzukehren und nicht per se zu sagen: Es ist überall erlaubt, und dann kann auch jeder seinen Spaß finden, jede Familie auch mal eine Rakete abschießen, aber man muss sich vielleicht noch ein Stück weit wegbewegen. Ich finde, das ist aber auch vertretbar. Ich freue mich auch darüber, dass die Debatte in diese Richtung geht, weil ich glaube, dass es einer Stadt wie Berlin durchaus auch gut tut, neue Wege zu finden.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Frau Vierecke, ich sehe es genauso wie Sie: Man muss nach vorne schauen. In der Richtung freue ich mich auch, dass es bei der SPD ein bisschen einen Wandel gab. In der letzten Legislatur hatten wir das Thema auch schon, da war es ein bisschen schwierig. Ich hoffe, wir kriegen das demnächst auch wieder gemeinsam für das nächste Silvester besser hin. Schön wäre aber auch, einmal zu schauen, wo wir Verantwortung haben, wo vielleicht das Land Berlin vorangehen kann, Es wäre zum Beispiel schön, dass wenn man schon so ein Fest am Brandenburger Tor organisiert, vielleicht dort auch mal mit einer Droh-

nenschau startet, um das nicht nur im Internet erlebbar zu machen, wie das andere Städte machen. Satt einem klassischen Feuerwerk am Brandenburger Tor eine Drohnenschau zu machen, wäre, glaube ich, auch sehr anschaulich, um das einmal in Berlin der Bevölkerung live zu zeigen, wie toll so etwas zu machen ist. Das finde ich zum Beispiel auch einen sehr schönen Ansatz, wo man sagen kann, hier kann Politik, hier kann man in der Verantwortung des Landes auch positive Signale setzen. Vielleicht bekommen wir das für den nächsten Jahreswechsel gemeinsam hin.

Vorsitzende June Tomiak: Dann gebe ich jetzt dem Senat das Wort für eine Stellungnahme. – Frau Bonde, Sie haben das Wort.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ja, wir sehen, dass es eine große gesellschaftliche Debatte zu diesem Themenkomplex in Gänze gibt. Ich möchte das auch gar nicht einsortieren, was diese Debatte auslöst. Ich glaube, es sind vielfältige Aspekte, die diese Debatte auslösen, und das ist auch gut so. Ich möchte jetzt konkret zu den Fragestellungen der Wildtiere Stellung nehmen, und dann sind die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Verwaltungen noch anwesend, die dann sicherlich auch zu den Fragestellungen, die sich darüber hinaus ergeben haben, dann gerne Stellung nehmen.

Wir selbst haben kein Monitoring hinsichtlich der Wildtiere, aber es gibt die Fachzeitschrift Conservation Letters, die eine Studie des Max-Planck-Instituts für Verhaltensbiologie und des Niederländischen Instituts für Ökologie veröffentlicht hat. Diese Studie zeigt, dass Feuerwerke, wie nicht anders zu erwarten, langfristige Störungen im Verhalten von Wildvögeln hervorrufen. Diese Erkenntnisse lassen sich auch auf in Berlin ansässige Wildvögel übertragen, darunter viele Wasservogel- und Greifvogelarten. Zusätzlich lassen sich die Ergebnisse dieser Studie an Zugvögeln aus unserer Sicht auch auf viele andere lokale Tierarten, wie zum Beispiel Marder, Igel, Fledermäuse, Füchse, übertragen. Wenn zu den Ergebnissen dieser Studie erhöhter Informationsbedarf besteht und wenn vielleicht auch Herr Ehlert, der bei uns in der Verwaltung wirklich ein ausgewiesener Wildtierexperte ist, hier mal in den Ausschuss kommen soll, dann ermöglichen wir das natürlich sehr gerne. – Dann gerne die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Verwaltungen! Mögen Sie nach vorne kommen?

Vorsitzende June Tomiak: Sie haben auch die Möglichkeit, sich auf die Bank uns gegenüber zu setzen. Da gibt es Mikrofone. Es wurden an eigentlich alle Verwaltungen Fragen gestellt. Ich würde mich freuen, wenn aus jeder Verwaltung jemand nach vorne kommt und die Fragen dann beantwortet. – Vielleicht starten wir von rechts nach links. Dann würde ich Ihnen das Wort erteilen.

Manuela Kirste (SenASGIVA): Mein Name ist Kirste. Die Berliner Bezirke sind für den nicht gewerblichen Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen zuständig und schöpfen im Rahmen des Sprengstoffrechtes jährlich ihre Möglichkeiten aus, das Silvesterfeuerwerk bis 18.00 abends und ab 07.00 Uhr morgens einzuschränken. Aktuell bestehen keine weiteren Möglichkeiten für die Bezirke, irgendetwas einzuschränken. Am 31. Dezember und am 1. Januar ist für 48 Stunden nach dem Sprengstoffrecht Silvesterfeuerwerk erlaubt. Wie gesagt, es gibt diese zeitliche Einschränkung. Das Verbot, in der Nähe von Kirchen, Altersheimen und Kinderheimen und auch brandempfindlichen Gebäuden zu böllern, besteht das gesamte Jahr über, auch am 31. Dezember und am 1. Januar. – Ich gebe gerne ab. Es wurde das

Ordnungsamt Berlin-Lichtenberg als Gast eingeladen. Ich weiß nicht, ob es da ist. Vielleicht können die Kollegen noch etwas mehr dazu sagen.

Vorsitzende June Tomiak: Ich würde sonst einfach einmal in der Reihe durchgehen. Als Nächster wäre bei mir zumindest Herr Ogorek an der Reihe.

Fabian Ogorek (Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit – LaGetSi –): Ich bin vom Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit. Mein Referat IV C hat Ordnungsaufgaben nach dem Sprengstoffgesetz. Wir sind aber nur Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde. Wir machen also Erlaubnis und Genehmigung nach § 27 Sprengstoffgesetz, zum Beispiel, wenn Firmen mit Sprengstoffen oder explosionsgefährlichen Stoffen umgehen möchten. Ich sehe in dem Zusammenhang keinen Zusammenhang zwischen Klima und Müll und kann deswegen keine Erkenntnisse geben. Ich kann Erkenntnisse geben zu Erlaubnissen und Genehmigungen, was unsere Aufgabenbereich ist, aber zu Klima und Müll können nichts beitragen.

Vorsitzende June Tomiak: Dann würde ich an die Senatsinnenverwaltung weitergeben. – Frau Schrader, Sie haben das Wort.

Brigitte Schrader (SenInnSport): Brigitte Schrader ist mein Name. Aus Sicht der Senatsinnenverwaltung nehme ich gerne Stellung, soweit mir da Sachverhalte bekannt sind. Grundsätzlich will ich einmal sagen: Es ist richtig, Frau Bonde hat schon darauf hingewiesen, daran muss man immer wieder daran erinnern: Das ist eine Sache, die auf Bundesebene geregelt ist. Das Land Berlin, der Senat, kann nicht einfach weitere Böllerverbotzonen oder großflächige Böllerbereiche einrichten. Das ist so, und das ist eine politische Diskussion, die im Gange ist. Auch dazu kann ich gerne Auskunft geben, wie gewünscht wurde, soweit ich da Kenntnisse habe, aber ich bin als Mitarbeiterin des Senats nicht unbedingt die richtige Person, die über politische Diskussionen auf der Bundesebene Auskunft geben kann. Da würde ich sagen, dass das eher Sache der Politikerinnen und Politiker in den Parlamenten, in den Parteien ist. Da sollte vielleicht auch jeder von Ihnen mal in der eigenen Partei nachfragen, ob da eine Einigkeit besteht. Ich glaube – auch wenn hier im Ausschuss die Einigkeit ziemlich groß scheint –, dass das in den Parteien teilweise ganz anders aussieht. Hier schauen wir aus einem bestimmten Blickwinkel drauf. Da ist die Einigkeit groß, dass man sagt, aus Umweltaspekten wäre das schön, aber in der CDU zum Beispiel, meine ich, ist man da noch sehr gespalten, auch in der SPD. Bei den Grünen ist man sicherlich vorwiegend dafür, bei den Linken bin ich mir auch gar nicht so sicher, ob das so ist.

Ich weiß ein bisschen Bescheid zu dem Thema, weil diese Sachen in der Innenministerkonferenz, wie auch schon erwähnt wurde, diskutiert werden. Das liegt daran, dass das Bundesinnenministerium auf Bundesebene für das Sprengstoffrecht zuständig ist. Auf Länderebene sieht das anders aus. Da sind eigentlich überall andere Ressorts zuständig und nicht das Innenressort. Die Innenministerkonferenz: Ich kann für mein Haus und meine Senatorin, Frau Spranger, sagen, dass es, wie es auch bekannt ist, ihr sehr am Herzen liegt. Das ist ihr ein großes Anliegen, dass man das Böllern möglichst beschränkt, wobei bei uns eher der Sicherheitsaspekt im Vordergrund steht, nicht der Umweltaspekt; das ist ganz klar. Frau Senatorin Spranger hat sich wirklich seit vielen Jahren schon mit großem Engagement auf verschiedenen Ebenen dafür eingesetzt, dass zumindest Berlin für sich ein großflächiges Böllerverbot einrichten kann. Es ist auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass das bisher zu keinem großen

Erfolg geführt hat. Es wurde mehrfach auf der IMK diskutiert, auch im Bundesrat im Innenausschuss.

Den genauen Ablauf der Gespräche kenne ich natürlich nicht, ich war nicht dabei, das ist auch vertraulich, aber ich weiß, dass es nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hat. Es gab keine eindeutige Aussage der Ministerinnen und Minister dazu, dass alle der Meinung sind, dass man das einschränken sollte. Die gab es bisher nicht. Frau Senatorin Spranger hat erreicht, dass auch das Bundesinnenministerium weiterhin an der Sache dran ist. Ich gehe davon aus, dass demnächst Vertreterinnen und Vertreter der Innenressorts in das BMI eingeladen werden, um noch einmal über die Sache zu diskutieren. Das BMI wäre, soweit ich das erkenne, auch bereit, einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vorzulegen, aber auch das BMI kann das hier nicht abschließend entscheiden, denn im Bundesrat müssten alle Bundesländer zustimmen, und das sehe ich im Augenblick noch nicht. Ich kann dazu aber auch nicht viel mehr sagen. Das ist eine reine Prognose meinerseits, dass hier wahrscheinlich noch viele Diskussionen geführt werden müssen, bevor man wirklich zu einer Einigkeit kommt.

Vorsitzende June Tomiak: Danke für die Ausführungen! – Vielleicht kommen wir jetzt zu den umwelt- und klimapolitischen Aspekten. – Frau Jürgens, würden Sie etwas zu den Fragen, die vorgestellt worden sind, sagen können?

Tina Jürgens (SenMVKU): Schönen Dank! – Zu den Feinstaubwerten hat schon Frau Senatorin Bonde Ausführungen gemacht. Wir sind unterhalb der Tageshöchstgrenzwerte und auch unterhalb der der Jahreshöchstbelastungstage geblieben. Das ist erfreulich. – Die Abfälle, die im Wasser landen: Es gibt keine Taucher, die die Abfälle da wieder rausholen. Es ist bedauerlich, aber es ist so. – Zu den Abfallmengen insgesamt: Ich habe gerade noch gelesen, dass es eine Umfrage über die Abfallmengen in den Großstädten vom Verband Kommunaler Unternehmen e.V. gibt, die gerade in der EUWID veröffentlicht wurde. Neben Berlin, wo wir geringere Mengen haben, haben auch Hamburg und München gemeldet, dass sie etwas geringere Abfallmengen haben. Das ist sicherlich auf die Diskussion zurückzuführen.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Vielleicht kann Frau Gerks aus Sicht der BSR noch kurz berichten.

Nadine Gerks (BSR): Vielen Dank für das Wort! – Ich würde gerne die Frage beantworten, wie der Silvestermüll bei uns verarbeitet wird und wie ein Spezialeinsatz an Silvester beziehungsweise Neujahr aussieht. Die Planungen starten schon sehr weit vorher, weil ein Spezialeinsatz auch entsprechend bei uns in der Reinigung geplant werden muss. Wir veröffentlichen immer auch schon vorher eine entsprechende Pressemitteilung, wo wir dann sagen, mit wie viel Kräften wir am Start sind und wie wir versuchen, am Neujahrsmorgen die Müllmengen zu bearbeiten.

In dieser Pressemitteilung versuchen wir Tipps zu geben für einen eigenverantwortlichen Umgang auch mit Feuerwerksresten, aber auch mit Glas beispielsweise oder Leichtverpackungen, die wir, wie die Senatorin dargestellt hat, auch sehr viel im Silvestermüll finden, dass das beispielsweise auch selbst weggeräumt wird. Das sehen wir jetzt an den geringeren Mengen dieses Jahres. Vielleicht hat das dann auch geholfen.

Dienstbeginn für diesen Spezialeinsatz am Brandenburger Tor und an den Stellen, die die Senatorin bereits genannt hat, also Unter den Linden, Hermannplatz, überall dort, wo eben auch Hotspots sind, ist um 3.00 Uhr morgens. Wir haben dann auch einen alljährlichen Medientermin, den wir um 6.00 Uhr/6.15 Uhr anbieten, der auch immer sehr gut nachgefragt wird, weil darüber dann auch immer viel berichtet wird, wie viel Müll eingesammelt wurde, was so die Müllmengen sind. Das ist immer von großem Interesse, und der wird auch immer gut besucht. Um 9.00 Uhr konnten wir schon Verkehrssicherheit an diesen Orten, wo wir diesen Spezialeinsatz durchgeführt haben, feststellen, und haben den ganzen weiteren Tag damit verbracht, in zwei Schichten den Müll weiter zu beseitigen.

Die Frage war sehr konkret, was mit dem Müll gemacht wird: Wir behandeln das ganz normal als Kehricht. Es ist Straßenkehricht, der nicht weiter getrennt wird, deswegen vorab auch die wichtigen Hinweise, Glas als Wertstoff beispielsweise gesondert zu entsorgen, weil wir das nicht mehr trennen. Das wäre in der Eigenverantwortung der Menschen.

Vielleicht noch einen Hinweis aus dem Bericht, den unsere Reinigung abgibt, den wir bekommen haben: Wir hatten einen Vorfall, dass ein Kehrichtsammelfahrzeug, also ein KS,

wie es bei uns heißt, gebrannt hat. Das musste auch abgekippt werden. Das war von einem Feuerwerkskörper, der noch geglimmt und sich entsprechend entzündet hat. Das musste auch von der Feuerwehr gelöscht werden. Weitere Vorkommnisse negativer Art gab es nicht. Wir haben tatsächlich auch in allen Gebieten, wo gemeldet wurde, dass der Silvesterabfall weitgehend verkehrssicher entsorgt oder gereinigt wurde, die Rückmeldungen bekommen, dass wirklich weniger angefallen ist, nicht nur auf den Schwerpunktflecken, sondern auch in den anderen Gebieten. Das deckt sich auch mit den Aussagen aus den anderen Großstädten, die Frau Jürgens gerade dargestellt hat. Dienstdienst war um 21.48 Uhr, und tatsächlich war zwischendurch auch noch Winterdienst. Da mussten sich die Kolleginnen und Kollegen noch ein bisschen aufteilen.

Am 2. Januar haben wir begonnen, den Silvestermüll in den übrigen Bereichen zu beseitigen. Die BSR arbeitet sich den Reinigungsklassen entsprechend im ganzen Stadtgebiet vor. Wir müssen allerdings auch sagen, dass wir seit dem 3. Januar voll im Winterdienst sind. Deswegen wird es da ein bisschen zu Verzögerungen kommen müssen, weil der Winterdienst stets Vorrang hat. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank für die Ausführungen! – Ich habe noch Menschen auf der Redeliste. Das wäre als Erste die Abgeordnete Leschewitz.

Franziska Leschewitz (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe zwei Fragen, einmal an die SenASGIVA: Erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen! Mich würde einmal interessieren, wie viele Genehmigungen Sie außerhalb Silvesters erteilen, ob es da eine Statistik dazu gibt. Das war eine Frage, die mich sehr brennend interessiert hat. Die andere Frage stelle ich an die SenMVKU: Es wurde mehrmals von Grenzwerten geredet. Da würde mich einmal interessieren, wie diese Grenzwerte ermittelt werden beziehungsweise worauf die basieren, und ob es tatsächlich so ist, dass stündlich eine Analyse gemacht wird oder eine Gesamttagesanalyse gemessen wird. Wenn das ein Durchschnitt des gesamten Tages ist, der herangezogen wird, dann würde ich gerne wissen, warum man nicht stündlich über die gesamten 48 Stunden, wo im Prinzip geböllert werden darf, das misst, damit man aussagekräftige Daten hat. Das würde ich einmal mitgeben. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Efler, Sie haben das Wort!

Dr. Michael Efler (LINKE): Danke schön! – Ich habe noch Nachfragen an die Vertreterin der Innenverwaltung – ich habe mir Ihren Namen nicht gemerkt, Entschuldigung! –: Zum einen: Das ist eine gute Nachricht. Sie haben gesagt, dass der Bundesinnenminister bereit ist, eine Gesetzesänderung in den Bundesrat einzubringen. Mich würde interessieren, was diese Gesetzesänderung, wenn sie denn eingebracht wird, beinhaltet. Ist das dann diese Öffnungsklausel? Davon gehe ich einmal aus. Sie haben gesagt – das aber möglicherweise nicht so gemeint –, dass alle Bundesländer zustimmen müssen. Der Bundesrat muss mehrheitlich zustimmen. Das wollte ich einmal klarstellen. Wir werden niemals alle Bundesländer hinter ein Gesetzesänderungspaket bringen, vermute ich mal, aber eine Mehrheit glaube ich schon. Da bin ich sehr gerne bereit, in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die Linke mitregiert, falls es da Probleme gibt –, was ich jetzt nicht weiß, ich glaube nicht – auch entsprechend aktiv zu werden. Ich gehe aber davon aus, dass alle SPD-regierten Bundesländer grundsätzlich bereit sind, eine Gesetzesänderung mitzutragen. Dann wäre wahrscheinlich eine Mehrheit schon in Sicht. Vielleicht können Sie das noch einmal klarstellen, was der Inhalt dieser Geset-

zesänderung wäre und dass der Bundesrat eine Mehrheit und keine Einstimmigkeit braucht. Jedenfalls gehe ich davon aus.

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächster hat Herr Freymark das Wort. – Vielleicht kurz der Hinweis: Wenn andere Kollegen sprechen, wäre es sehr nett, wenn nicht geredet wird. Danke!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will an der Stelle nur noch einmal einen Riesendank an die BSR aussprechen. Ich war an Silvester in Berlin. Als ich morgens schaute, was so mit den ganzen Materialien ist, waren alle weg. Das ist eine außergewöhnliche Leistung. Ich weiß nicht, ob es in den Jahren zuvor auch in der Schnelligkeit und der Intensität war, ich habe es zumindest nicht so eins zu eins in Erinnerung. Frau Gerks wird wahrscheinlich sagen, dass wir schon immer gut gewesen sind, aber nehmen Sie bitte das Kompliment an. Das war dieses Jahr außergewöhnlich und hat sehr vielen Menschen sehr viel Respekt gezollt. Zugegeben: Die Leute sind schnell wieder im Ärger, dass irgendwo nicht gestreut wurde. Das wird auch schnell zulasten der BSR diskutiert, obwohl Sie nicht für jede Fläche die Verantwortung tragen, aber dieses Kompliment wollten wir Ihnen unbedingt machen.

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Dem Dank können wir uns auch nur anschließen. Auch ich habe das festgestellt, dass man, wenn man am Morgen mal wieder mit dem Hund rauskonnte, nicht über Silvestermüll gestolpert ist. Wie sich das angehört hat, war bei uns in der Umgebung durchaus einiges los.

Zwei Fragen hätte ich noch, auch noch einmal zu den Werten – vielleicht habe ich vorhin nicht aufgepasst und Sie haben es schon gesagt –: Mich würde interessieren, welche Spitzenspitzenwerte wir beim Feinstaub hatten – ich weiß, dass es den Tagesmittelwert und die rechtlichen Sachen gibt –, aber dennoch einmal zu den Spitzenwerten um Mitternacht. Das wäre einmal interessant zu wissen.

Dann haben wir vorhin gehört – Sie haben es ja gesagt –, dass man die Zeiten, wo man böllern und Silvesterfeuerwerk verwenden kann, einschränken kann. Viele halten sich trotzdem nicht daran. An diesem Beispiel stellt sich die Frage, wie wir sicherstellen können, dass wirklich nur in diesem Zeitraum Silvesterfeuerwerk benutzt werden kann. Ich weiß nicht, ob die Innenverwaltung da irgendwelche Erkenntnisse hat. Gibt es schon irgendwelche Auswertungen, Statistiken, wie viele Leute man ermahnt hat, in der Richtung? Sonst bringt es uns letztendlich nichts, wenn etwas auf dem Papier steht, das aber offensichtlich von einer Anzahl von Personen vollständig ignoriert wird.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann hat Frau Senatorin Bonde die Möglichkeit zu erwidern.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es kam zunächst die Frage auf, woher diese Grenzwerte überhaupt stammen. Diese Grenzwerte sind Grenzwerte, die die EU vorgibt und die damit auch in Deutschland gelten. Die EU regelt auch, dass der Tagesmittelwert und der Jahresmittelwert ermittelt werden müssen, und natürlich messen wir, um überhaupt zu diesen Werten zu kom-

men, kontinuierlich. Ich weiß jetzt nicht genau, ob alle halbe Stunde oder jede Stunde, aber wir messen an den Messstellen kontinuierlich. In der Stunde nach Mitternacht habe ich einen Wert für den höchstbelasteten Messpunkt: Da wurde ein Stundenmittelwert von 462 Mikrogramm pro Kubikmeter gemessen. Wie ich vorhin schon ausgeführt habe, ist der Spitzenwert für die EU nicht ausschlaggebend, sondern Tages- und Jahresmittelwerte.

Vorsitzende June Tomiak: Für die letzten Fragen würde ich noch einmal an Frau Kirste und Frau Schrader abgeben.

Manuela Kirste (SenASGIVA): Zur Frage bezüglich der Anzahl der Genehmigungsverfahren: Da liegen mir aktuell keine Zahlen vor. Die können aber gerne nachgeliefert werden. Das wäre auch differenzierter zu betrachten, je nachdem welcher Paragraf im Sprengstoffrecht erfragt ist. Da unterscheidet man zwischen nicht gewerblichem und gewerblichem Umgang und dementsprechend einer nicht gewerblichen und gewerblichen Genehmigung.

Brigitte Schrader (SenInnSport): Dann würde ich einmal auf die Fragen antworten: Erst einmal zu Ihnen, Herr Efler: Sie haben natürlich recht, was den Bundesrat betrifft. Da habe ich mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Da braucht man eine Mehrheit, aber auch das ist für mich nicht erkennbar. Das kann ich nicht prognostizieren, dass die da wäre. Ein bisschen vorsichtiger wäre ich auch noch zu der Aussage zum Bundesinnenminister. Er hat zugesagt, dass er weiterhin in der Diskussion ist, dass er uns Vertreterinnen und Vertreter der Länder noch einmal zu einer Aussprache einlädt, und dass er möglicherweise dann, wenn diese Aussprache ergibt, dass er im Bundesrat Aussicht auf Erfolg hat, eine Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vorschlägt.

Die Änderung könnte so aussehen: Im Augenblick steht da: die „zuständigen Behörden“. Das wären in Berlin die Bezirke. Darüber müsste man auch noch einmal reden, wer dann künftig dafür zuständig sein müsste, so etwas zu beschließen. Das wäre auch eine interessante Frage. Dass die zuständigen Behörden das Abbrennen von Feuerwerkskörpern mit ausschließlicher Knallwirkung beschränken können, betrifft wirklich nur reine Böller, und das ist das, was die Bezirke zum größten Teil auch jetzt machen: In der Zeit bis 18.00 Uhr am 31. Dezember und ab 7.00 Uhr am 1. Januar sagen sie, dass das reine Böllern nicht erlaubt ist. Das ist schwer umzusetzen, darauf komme ich später noch zu sprechen, aber da wird dieses Verbot schon angewandt, aber es betrifft nur reine Böller. Wie wir wissen, machen auch Raketen oder diese ganzen Batterien sehr viel Lärm. Aus unserer Sicht läuft diese Möglichkeit ziemlich ins Leere, bringt eigentlich nicht viel. Die Idee wäre, diese Worte „mit ausschließlicher Knallwirkung“ zu streichen, dass dann die zuständigen Behörden bezogen auf alle Feuerwerkskörper Beschränkungen erlassen können.

Was aber auch schon gesagt wurde, und das möchte ich noch einmal betonen: Solange es kein bundesweites Abbrenn- oder vor allem Verkaufsverbot gibt, ist das für die Polizei eine unheimlich schwierige Sache, das umzusetzen. Nicht nur die Polizei, sondern auch die Ordnungsbehörden der Bezirke sind da zuständig, aber das ist eben wahnsinnig schwierig. Zur Umsetzungsproblematik – da komme ich zu Ihnen – haben wir keine Statistiken oder irgendetwas in der Richtung. Ich kann nur aus Erfahrung sagen, dass es total schwer ist, Böllerverbote durchzusetzen. Das ergibt sich daraus: Die Kräfte können nicht überall vor Ort sein. Wenn sie zufällig hinter jemanden stehen, der gerade etwas abbrennt, können sie sagen: Du, du, du! –, und Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten oder weitere Dinge wegnehmen. Wenn

man aber etwas hört, und man versucht, den Ort in der Stadt zu lokalisieren, wo das war, geht das kaum, weil der Schall – das haben mal die Polizei oder die Ordnungsbehörden gesagt – überall von verschiedenen Gebäuden zurückgeworfen wird, man läuft in die falsche Richtung und bis man da ist, ist derjenige, sind diejenigen schon längst weg. Das bleibt schwierig. Aus rein polizeilicher Sicht ist es wirklich die große Frage, ob ein rein berlinweites Böllerverbot wirklich sinnvoll wäre, weil die Polizei in große Schwierigkeiten kommt und sich rechtfertigen muss, warum es trotzdem diverse Vorfälle gab. Die wird es geben, solange das Zeug überall weiter verkauft wird.

Vorsitzende June Tomiak: Damit sind wir am Ende der Aussprache angelangt. Die Tagesordnungspunkte 4 a und b – neu – werden erst einmal vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt.

Punkt 5 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Förderprogramme im Umweltbereich
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0173](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.06.2024

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2607
Masterplan Solarcity: Zielklarheit durch verbindliche Ausbauzahlen

[0266](#)
UK
Haupt
WiEnBe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.